



# HESSISCHER LANDTAG

12.11.2012

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

**Änderungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die  
Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014)**

**Drucksache 18/5926**

Inhalt des Antrags: **Förderprodukt 02 "Kinder in den Mittelpunkt - Familien fördern"** (Sozialbudget)

Einzelplan **08** **Hessisches Sozialministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 08 Sozialbudget NEU  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 02 NEU  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Kinder in den Mittelpunkt - Familien fördern

	von	Veränderung um	auf
<b>Leistungsplan 2013:</b>			
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
<b>Gesamtkosten</b>	0,0	+220.328,4	220.328,4

	von	Veränderung um	auf
<b>Leistungsplan 2014:</b>			
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
<b>Gesamtkosten</b>	0,0	+123.647,0	123.647,0

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Das Förderprodukt dient dazu:

- Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an
- Qualität in der frühkindlichen Bildung fördern (Kindergärten zu Bildungsgärten, Umsetzung Bildungs- und Erziehungsplan)
- Kinderschutz ausbauen
- Fachkräftemangel begegnen
- Familien mit Kindern fördern und stärken
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern ermöglichen

Im Einzelnen:

**Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von Anfang an,  
Qualität in der Kinderbetreuung verbessern:**

1. Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr umsetzen.

Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist die Voraussetzung dafür, dass Kinder früh gefördert und unterstützt werden und dass Mütter und Väter von kleinen Kindern tatsächlich Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.

Die Finanzierung der Plätze erfolgt wie 2012 im KFA. Hierzu werden dem KFA Mittel in Höhe 59,23 Mio. Euro in 2013 und von 71,33 Mio. € in 2014 zugeführt.

2. Die verbleibenden Mittel dienen der Qualitätsverbesserung der Betreuungsplätze, auch der Unterstützung der Entwicklung der Kindergärten zu Bildungsgärten.

Finanzierung bestehender Hortplätze und Schülerläden.

74 420 600 Euro in 2013 und 85 581 700 Euro in 2014

**Bonusprogramm für einen beschleunigten und qualitätsvollen U3-Ausbau :** Das Programm ist bis 2013 befristet.

8 100 000 Euro in 2013, 0 Euro in 2014

**Für die Investitionskostenförderung des Krippenausbaus:** Durchleitung der Bundesmittel, das Programm endet 2013.

26 166 400 Euro in 2013, 0 Euro in 2014

**Investitionsprogramm Ausbau U3 Plätze neu:** Neues Programm für 2013/2014 mit Landes- und neuen Bundesmitteln.

83 500 000 in 2013, 16 500 000 in 2014

**Flächendeckende Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans ermöglichen, Modellversuch QSV:** Mehr Tandemvereinbarungen Kitas und Grundschulen ermöglichen, Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher ausweiten, Finanzierung des zweijährigen Modellversuchs QSV.

6 350 000 Euro in 2013, 5 000 000 Euro in 2014

**Aktionsprogramm Mehr Erzieherinnen und Erzieher:** Mit dem Aktionsprogramm sollen in Kooperation mit den Kommunen, den Trägern und der Regionaldirektion regionale Konzepte zum Wiedereinstieg, Ausweitung der Arbeitszeiten etc. erarbeitet und umgesetzt werden. Ein Modellversuch duale Ausbildung soll erprobt werden.

1 500 000 Euro je in 2013 und 2014

#### **Familienbudget:**

1. Landesweites Programm zur Einführung einer Kompetenzerfassung im Kindergarten;

2. Umsetzung eines flächendeckenden Netzwerkes zur Stärkung der Elternkompetenz (einschließlich Familienschulen);

2. Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren fördern;

3. Finanzierung des Koordinationsbüros Mütterzentrum Langen, Förderung der Familienverbände, des Kinderschutzbundes, etc.;

4. Familienkarte weiterentwickeln;

5. Investitionszuschüsse für Modellvorhaben.

4 613 000 Euro in 2013, 4 098 000 Euro in 2014

**Weiterentwicklung der Familienkarte zur Teilhabekarte:** Kinder und Jugendliche aus kinderreichen Familien und von Alleinerziehenden sind von der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in vielen Bereichen ausgeschlossen. In Kooperation mit den Kommunen sollen Maßnahmen der Familienkarte und des Bildungs- und Teilhabepakets gebündelt und gezielter eingesetzt werden.

500 000 Euro je in 2013 und 2014

**Sprachförderung für Kinder:** Ausweitung der Sprachförderung auf Kinder im ersten und zweiten Kindergartenjahr.

5 000 000 Euro je in 2013 und 2014

**Kinderschutzmaßnahmen intensivieren, Präventionsmaßnahmen und frühe Hilfen ausbauen, Bundesinitiative Netzwerk Familienhebammen:**

1. Ausbau der frühen Hilfen und Förderung der Vernetzung der Angebote der Gesundheit und Jugendhilfe;

2. Vermeidung von Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern durch niedrigschwellige Beratungsangebote, Kriseninterventionsangebote;

3. Umsetzung Bundesinitiative Familienhebammen zur Prävention von Gewalt in der Familie.

5 178 400 Euro in 2013, 5 467 300 Euro in 2014

**Notprogramm zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung**

5 000 000 Euro in 2013

Wiesbaden, 12.11.12

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fraktionsvorsitzende

**Tarek Al-Wazir**